

„Es ist, als hätte man uns die Luft abgeschnürt“

**Perspektiven der Jugend in Agadez
auf die Auswirkungen der
europäischen Migrationspolitik
in Niger**

von Maimou WALI – August 2018



Impressum

Herausgeber

Brot für die Welt
Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e.V.
Caroline-Michaelis-Straße 1
10115 Berlin

Text

Maimou WALI
Alle Meinungen und Ansichten, die in der hier vorliegenden Untersuchung zum Ausdruck gebracht werden, spiegeln nicht notwendigerweise die Standpunkte des Herausgebers wider.

Redaktion

Eva Becker, Imke-Friederike Tiemann-Middleton

V.i.S.d.P.

Reinhard Palm

Druck

Pro Business

Fotonachweis

Titel: Niger: Dürre im Sahel. Klimaflüchtlinge auf verdorrtem Boden.

Inhalt

Vorwort	4
Abkürzungsverzeichnis	6
I. Einleitung.....	7
II. Die wichtigsten Ergebnisse der Erhebung.....	9
2.1. Die Einführung und Anwendung des Gesetzes 2015-36 hat negative Auswirkungen auf das wirtschaftliche und soziale Leben in Niger sowie auf die Sicherheit im Land.....	9
2.2. Die Begleit- und Hilfsmaßnahmen zur Schaffung wirtschaftlicher Alternativen sind unzureichend und kaum an die lokalen Umstände und die Zielgruppen angepasst.	13
2.3. Die Maßnahmen der EU und anderer Akteure haben zu einem gestörten Vertrauen der Bevölkerung gegenüber der Zivilgesellschaft und den lokalen Behörden geführt.....	16
2.4. Gefahr der Radikalisierung bei Nicht-Berücksichtigung der Akteure, insbesondere der Jugend.....	17
III. Schlussfolgerung, Empfehlungen der Jugendlichen und der Strukturen vor Ort	18
Anhang 1: Methodik.....	21
Anhang 2: Zusammenfassung der Ziele der Befragung.....	21
Anhang 3: Liste der Gesetze und Abkommen über Migration.....	21
Anhang 4: Liste der Strukturen/ Personen, die offiziell an den Workshops und Befragungen teilgenommen haben.....	22
Anhang 5: Bibliographie der konsultierten Dokumente und Quellen.....	22

Vorwort

Entwicklungsförderung im Niger war lange Zeit durch Nothilfemaßnahmen geprägt. Das zeigt sich auch bei den zivilgesellschaftlichen Entwicklungsakteuren. Bis heute sind Organisationen, die eine eigene Vision für die Entwicklung ihres Landes haben in der Minderzahl gegenüber solchen Organisationen, die Hilfsgüter verteilen. Für eine Förderorganisation wie Brot für die Welt ist das eine große Herausforderung, arbeiten wir doch in Partnerschaft mit Akteuren vor Ort, mit dem Ziel selbstbestimmte Entwicklung zu ermöglichen und Abhängigkeit zu reduzieren. Seitdem der Flüchtlingsdiskurs die europäische Politik entscheidend beeinflusst, prägen neue Narrative die Zusammenarbeit mit der Sahel Region. Migrations- und sicherheitspolitische Interessen werden dabei eng mit Entwicklungsmaßnahmen verknüpft. Die Umsetzung in konkrete Maßnahmen sowohl der beteiligten Regierungen als auch der europäischen Gebergemeinschaft wirkt sich auf die Entwicklungspotenziale der verschiedenen Bevölkerungsgruppen aus.

Die europäische Politik hat sich in den letzten Jahren zunehmend auf eine Vorverlagerung von Grenzkontrollen in afrikanische Herkunfts- und Transitländer konzentriert, mit dem Ziel Migration nach Europa zu verhindern. Im Bund mit Staatschefs einiger Länder werden bilaterale Vereinbarungen getroffen, in denen diese sich verpflichten, Mobilität zu regulieren. Der sichtbare Effekt besteht erst einmal in sinkenden Zahlen ankommender Migrant*innen in Europa – doch hinter den Kulissen haben die eingeleiteten Maßnahmen gravierende Auswirkungen. Der Niger ist eines der Länder in Westafrika, die derzeit im Zentrum der europäischen Migrationspolitik stehen. Grenzüberschreitende Mobilität gehört in Niger jedoch zu den grundlegenden Existenzstrategien, die es auch in defizitären Jahren erlauben, ohne Hilfsgüter zu überleben.

In der vorliegenden Erhebung kommen diejenigen zu Wort, die die Auswirkungen der externalisierten Migrationspolitik europäischer Länder tagtäglich zu spüren bekommen: Die junge Bevölkerung in den Städten Agadez, Dirkou und Arlit. Diese Städte sind seit jeher Durchfahrtsorte für Menschen, die sich auf den Weg in Richtung der Nachbar- und nordafrikanischen Länder (und nicht primär der europäischen Staaten) zum Zweck der Arbeitsaufnahme, dem Weiden von Vieh und überregionalem Handel machen. Es ist eine Region, in der die westafrikanische Staatengemeinschaft ECOWAS das Prinzip der Bewegungsfreiheit und visafreien Einreise ihrer Bürgerinnen und Bürger, ähnlich der Europäischen Union, schon seit dem Jahr 1979 erfolgreich festgeschrieben und umgesetzt hat.

Agadez und die umliegenden Gegenden haben durch den Zusammenbruch der Tourismusbranche infolge der Rebellionen von 1990 und 2007 bereits substanziell und kontinuierlich an Wirtschaftskraft eingebüßt. Erneuten Zulauf bekam die Region im Jahr 2014, seit der Entdeckung einer Goldmine in der Sahara, die mehr als 20.000 Kleinschürfer*innen aus ganz Westafrika angelockt hatte. Aber auch dieses einträgliche Einkommen ist im Jahr 2017 wieder weggefallen; die Regierung hat mit dem Argument der Sicherheit und Terrorbekämpfung die Mine geschlossen. Infolge der gesunkenen wirtschaftlichen Möglichkeiten haben Migration und alle damit verbundenen Aktivitäten stark an Bedeutung gewonnen. Die Menschen in Agadez und Umgebung haben alternative Einkommensmöglichkeiten im Bereich der Migration gefunden. Diese Alternativen sind ihnen aber inzwischen auch genommen. Menschen, die sich laut ECOWAS innerhalb Nigers frei bewegen können, werden nun auf Druck der Europäischen Union zur „Verhinderung der irregulären Migration“ an der Weiterreise gehindert. Sie werden verdächtigt, die Weiterreise nach Europa anzustreben und somit kriminalisiert. So werden faktisch etablierte und geltende Rechtssysteme gebeugt. Menschen, die bislang wirtschaftlich aktiv waren und in diesem Zusammenhang auch Geschäfte mit potentiellen Migrant*innen gemacht haben – Anbieter*innen von Unterkünften, Restaurants, Fahrer*innen – stehen heute ohne Einkommen da, weil ihre Tätigkeiten nicht mehr erlaubt sind.

In dieser Erhebung äußern sich junge Menschen, Bürgerinnen und Bürger, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sowie lokal Gewählte aus den Städten Agadez, Dirkou und Arlit in Niger, die infolge der Kriminalisierung ihrer bis dato legalen Tätigkeiten ihre Einkommen verloren haben, deren Gemeinden substanzielle finanzielle Einbußen erleben und in denen die allgemeine Unzufriedenheit steigt.

Welche Meinungen, Wünsche und konkreten Vorschläge haben die betroffenen Personen? Sind die ergriffenen Maßnahmen zur Etablierung alternativer wirtschaftlicher Möglichkeiten für die lokale Bevölkerung ausreichend und an den lokalen Kontext angepasst? Erreichen sie tatsächlich den erwünschten Zweck?

Mithilfe qualitativer Interviews und interaktiver Workshops, an denen über 150 Vertreter*innen, insbesondere Jugendliche, teilnahmen, bietet diese Erhebung einen Einblick in die Denk- und Sichtweisen der Menschen vor Ort.

Es wird eine Perspektive eröffnet, in deren Zentrum Entwicklungsbemühungen stehen – und die nicht als ein Nebeneffekt europäischer politischer Experimente zur Migrationsvermeidung abgetan werden sollte. Eine Perspektive, die

vor allem auch ein anderes Licht auf die Diskussion um Sicherheit wirft: Eine Sicherheit, die sich primär über die Unterstützung der Grenzschutzbeamten und die Ausrüstung nationaler Militärs definiert, birgt für die Bevölkerung viele Risiken. Es wurde mehrfach nachgewiesen, dass Jugendliche ohne wirtschaftliche Perspektiven, die sich von staatlichen Behörden und gerade auch Uniformierten ungerecht behandelt fühlen, vermehrt Anschluss an bewaffnete Gruppen suchen. Die Region Agadez hat eine lange Geschichte militärischer Konflikte, die sich oft grenzüberschreitend entwickelten. Im Nachbarland Mali nahm das Streben nach Unabhängigkeit der Gruppe der Tuareg eine dramatische Wende, als sich islamistisch verbrämte Terrorgruppen in die Konflikte mischten. Auch in Niger ist die Angst davor, dass sich solche Gruppen weiter ausbreiten, groß. Die Sicherheit für die Menschen ist daher immer auch eine existenzielle Sicherheit, eine Sicherheit, die auf Mitbestimmung und wirtschaftliche Teilhabe aufbaut. Die vorliegende Erhebung gibt die Perspektiven der jungen lokalen Bevölkerung wieder, die besonderen Interessen der Migrant*innen treten demgegenüber teilweise in den Hintergrund. Diese wurden und werden bereits in einer Vielzahl von anderen Studien aufgezeigt und dargelegt, weshalb der Blick der Erhebung gezielt auf die lokale Sichtweise ausgerichtet wurde. Für eine über diese Erhebung hinausgehende Gesamtbewertung der deutschen und europäischen Migrationspolitik gegenüber dem Niger müssen jedoch selbstverständlich die Perspektiven aller Beteiligten einbezogen werden.

Die Erkenntnisse und Empfehlungen der jungen Bevölkerung aus Agadez dienen als Ausgangspunkt für die weitere Zusammenarbeit zu dem Thema.

Dr. Uta Bracken

Referatsleitung West- und Zentralafrika, Brot für die Welt

Über die Autorin:

Maïmou Wali ist seit 22 Jahren im Bereich der Frauen- und Jugendförderung tätig. Absolventin zweier Masterabschlüsse, zertifiziert in gewaltfreier Konfliktbearbeitung und geprüfte Trainerin für gewaltfreie Kommunikation, arbeitet sie derzeit als Koordinatorin der lokalen Nichtregierungsorganisation „Reflexions- und Aktionskreis für eine innovative lokale Entwicklung“ (CERCLE.DEV Niger) und als freie Gutachterin in Niamey. Sie beschäftigt sich unter anderem mit der Erforschung von Widerstandsfähigkeit von Gemeinschaften, insbesondere Jugendlichen, gegenüber Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus.

Abkürzungsverzeichnis

AFD	Agence Française de Développement (französische Entwicklungsagentur)
AGAPAIR	Agadez-Plan d’Action à Impact Rapide (Agadez Notfall-Aktionsplan)
AU	Afrikanische Union
CERCLE.DEV	Cercle de Réflexion et d’Action pour un Développement Local Innovant (Gespräch- und Aktionskreis für eine innovative lokale Entwicklung)
CGCT	Code Général des Collectivités Territoriales (Gesetzbuch über die Gebietskörperschaften)
COMINAK	Compagnie Minière d’Akouta (Bergbaugesellschaft von Akouta)
CCAJ	Cadre de Concertation des Associations des jeunes (Abstimmungsgremium für die Jugendverbände)
CCJ	Conseil Communal de la Jeunesse (Kommunaler Jugendrat)
CRJ	Conseil Régional de la Jeunesse (Regionaler Jugendrat)
CR	Conseil Régional (Regionalrat)
DRDC/AT	Direction régionale du Développement Communautaire et de l’Aménagement du territoire (Regionaldirektion für kommunale Entwicklung und Raumplanung)
DRPN	Direction Régionale de la Police Nationale (Regionaldirektion der Nationalpolizei)
EAD	Europäischer Auswärtiger Dienst
ECOWAS	Economic Community of West African States (Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft)
EU	Europäische Union
EUCAP/Sahel	European Capacity/Sahel-Niger (EU Capacity Building Mission in Niger)
FDS	Forces de Défense et de Sécurité (Verteidigungs- und Sicherheitskräfte)
FJUE	Fonds Judiciaires de l’Union Européenne (EU-Fonds für die Justiz)
GIZ	Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit
GNN	Garde Nationale du Niger (Nigrische Nationalgarde)
HACP	Haute Autorité à la Consolidation de la Paix (Hohe Behörde für die Konsolidierung von Frieden)
HCR	Hohes Kommissariat für Flüchtlinge
IOM	Internationale Organisation für Migration
LuxDev	Coopération Luxembourgeoise au Développement (Luxemburger Agentur für Entwicklungszusammenarbeit)
NICT	New Information and Communication Technology (Neue Informations- und Kommunikationstechnik)
PAIERA	Programme d’Actions à Impacts Rapides dans la Région d’Agadez (Notfall-Aktionsprogramm für die Region Agadez)
PDC	Plan de Développement Communal (Kommunaler Entwicklungsplan)
PDR	Plan de Développement Régional (Regionaler Entwicklungsplan)
SONICHAR	Société Nigérienne de Charbon (Nigrische Kohle-Gesellschaft)
SOMAÏR	Société des Mines de l’Aïr (Bergbaugesellschaft im Aïr)

I. Einleitung

Migration war eine Normalität in der Region, lange bevor sie von der Europäischen Union und ihren Mitgliedsstaaten zum Problem deklariert wurde. Im Laufe der letzten Zeit hat das Thema der Migration zwischen Afrika und Europa jedoch andere Dimensionen angenommen. Seit 2011 wird es durch die EU zunehmend negativ wahrgenommen und diskutiert. In Vergessenheit geraten dabei oft die jungen Menschen, die ihr Leben, ihre Rechte und ihre Würde durch Migration aufs Spiel setzen. Auf dem Gipfel von Valletta 2015 beschlossen die Länder Europas und Afrikas konkrete Maßnahmen, um irreguläre Migration in den jeweiligen Herkunfts- und Transitländern in den Fokus zu nehmen. In diesem Zusammenhang wurde Niger und vor allem die Region Agadez zu einem Schwerpunkt der Migrationspolitik bzw. Migrationsvermeidungspolitik der Europäischen Union.

Die vorliegende Erhebung hat zum Ziel, die Dynamik, die sich im Bereich der Migrationsfragen entwickelt hat, verständlich zu machen. Gleichzeitig sollen die negativen und gefährlichen Auswirkungen auf die Jugend, die über die Hälfte der Bevölkerung ausmacht, aufgezeigt werden. Die Ergebnisse dieser Bestandsaufnahme sind nicht repräsentativ, da die Untersuchung auf Stichproben basiert. Trotzdem gibt der Bericht die aktuellen Ansichten, Meinungen und Gefühle der verschiedenen Migrationsakteure¹ und besonders der Jugend wieder. Gerade die Jugend befindet sich gegenwärtig durch das Verbot von Erwerbstätigkeiten, die mit Migration in Verbindung gebracht werden, in einer sowohl sozial als auch ökonomisch misslichen Lage. Es handelt sich bei der vorliegenden Arbeit also um eine Bestandsaufnahme der Gedanken und Vorschläge der örtlichen Bevölkerung und keine wissenschaftliche Analyse. Die Ergebnisse sollten als Ausgangspunkt für eine Weiterarbeit mit der Jugend vor Ort dienen.

Vier Kernthesen haben sich herauskristallisiert, die nach der Kurzvorstellung der Region, der Klärung von Schlüsselbegriffen und einem kurzen geschichtlichen Exkurs näher beleuchtet werden.

1) Die Umsetzung des Gesetzes² hat negative Folgen für die gesamte Wirtschaft, Gesellschaft und die innere Sicherheit.

¹ Die Vertreter*innen der ehemaligen Transporteure, Unterkunftsbesitzer*innen, Beförderer, Vermittler*innen, Dolmetscher*innen, Restaurantbetreiber*innen, Wiederverkäufer*innen von Aufladekits und -karten, die Fahrer von Motorradtaxi, Körperschaften, Jugendorganisationen, traditionellen Anführer, Medien, gesellschaftlichen Organisationen, junge Aktivist*innen in den sozialen Netzen, Frauenorganisationen, Entwicklungsprogramme und -projekte, HACP, Meinungsführer*innen, etc.

Die Liste der offiziell befragten und teilnehmenden Strukturen befindet sich in Anhang 4.

² Das Gesetz Nr. 2015-36 wurde am 26.05.2015 durch den nigrischen Staat verabschiedet und stellt Tätigkeiten, die im Zusammenhang mit Migration stehen, unter Strafe. Auf Seite 7 werden zentrale Bestimmungen des Gesetzes beschrieben.

II) Die Begleitmaßnahmen zur Förderung wirtschaftlicher Alternativen sind unzureichend.

III) Die Maßnahmen der EU und anderer Akteure haben zu einem gestörten Vertrauen der Bevölkerung gegenüber zivilgesellschaftlichen Organisationen und lokalen Behörden geführt.

IV) Es besteht die Gefahr einer Radikalisierung, insbesondere der Jugend.

Die Region Agadez, in der die Untersuchung durchgeführt wurde, grenzt im Osten an den Tschad (600 km Grenze), im Norden an Libyen (350 km Grenze) und Algerien (970 km Grenze), im Westen an die Republik Mali (600 km Grenze) sowie im Landesinneren an die Region Tahoua und im Süden an die Regionen Maradi, Zinder und Diffa. Die Region nimmt 52,7% des nigrischen Staatsgebietes ein und hat 527.126 Einwohner*innen (49,8% sind unter 15 Jahren, 66% unter 25 Jahren und nur 2,6% sind über 65 Jahre alt)³. Die Region hat eine große Ausdehnung in der Fläche und verfügt über kein ausgebautes Straßennetz. Reisen ist aufgrund des Zustands der Schotterpisten in der Regenzeit und angesichts der Sicherheitslage schwierig. Zwischen Agadez und Dirkou ist sicheres Reisen nur im Flugzeug möglich, doch gibt es keine regulären Flugpläne. Reisen über Land müssen von Militärkonvois begleitet werden, deren Zeiten ausschließlich den Verantwortlichen der Verteidigungs- und Sicherheitskräfte bekannt sind.

Die Schlüsselbegriffe ‚junge Menschen‘ und ‚Migration‘ tauchen im Rahmen dieser Erhebung immer wieder auf und sollen für ein besseres Verständnis genauer erläutert werden:

„*Junge Menschen*“: Dies ist die Bevölkerungsgruppe (männlich wie weiblich) zwischen 14 und 35 Jahren, die die primäre Zielgruppe dieser Erhebung sind. Sie stellen die am stärksten von den Auswirkungen der Migrationspolitik betroffene Gruppe (als lokal Ansässige und/ oder als Anbieter*innen von Dienstleistungen im Rahmen des Transits von Migrant*innen) dar.⁴

„*Migration*“: Die wichtigsten Formen von Migration in der Region um Agadez sind:

- (1) die saisonale Migration oder die Landflucht, bei der junge Menschen während der Trockenzeit aus den

³ Recensement Général de la population et de l'habitat (RGPH) du Niger, 2015.

⁴ Selbstverständlich sind die Migrant*innen, deren Migrationsvorhaben durch das Gesetz unterminiert und illegalisiert worden ebenfalls existenziellen Gefahren ausgesetzt. Der Schwerpunkt der Erhebung liegt jedoch auf der Perspektive der lokal ansässigen Bevölkerung.

ländlichen Gebieten auf der Suche nach Hilfsarbeiten in die großen städtischen Zentren wandern

- (2) die Binnenmigration innerhalb der Region (Nachbarländer und vor allem Libyen und Algerien), die alle Nigrer*innen betrifft; sowie
- (3) die (irreguläre) Migration nach Europa, die vor allem junge Menschen aus West-, Ost- und Zentralafrika anzieht und für die Agadez eine Transitstation ist.⁵

Der Einfluss der historischen Entwicklung auf die heutige Situation

Um die Reichweite der aktuellen Situation in Agadez nachvollziehen zu können, ist es wichtig die wirtschaftliche Vorgeschichte der Region zu kennen:

Nach der Unabhängigkeit Nigers von der Kolonialmacht Frankreichs 1960 widmeten sich viele junge Menschen in der Region Agadez dem Gemüseanbau, der Viehwirtschaft, dem Kunsthandwerk und dem Handel. Die Produkte aus dem Gemüseanbau (Kartoffeln, Zwiebeln, Knoblauch aber auch Obst) aus Agadez waren von guter Qualität und wurden auf den Märkten der großen Städte Nigers verkauft. Diese Produktion hat auch Händler*innen aus Ländern der Subregion wie Elfenbeinküste, Ghana und Burkina Faso in die Region gebracht.

Ab den 1970er Jahren kamen Tourismus und Uranabbau als Wirtschaftszweige hinzu. Die Bergbaugesellschaften um SOMAÏR und COMINAK wurden von der französischen Gesellschaft AREVA in Arlit in Betrieb genommen. Sie boten Beschäftigungsmöglichkeiten für junge Menschen, und zwar sowohl für qualifizierte als auch für Menschen ohne berufliche Qualifikation. Die Stadt Arlit wurde sogar das „zweite Paris“ genannt. 45 km von Agadez entfernt befand sich die nigrische Kohle-Gesellschaft (SONICHAR). Auch hier konnten junge Arbeitssuchende Beschäftigung finden. Der Kohleabbau machte auch die Elektrifizierung der Städte Agadez, Arlit und Tchoragez möglich. Zusätzlich zu diesen Arbeitsmöglichkeiten entwickelte sich ein Händlernetz für Gebrauchtfahrzeuge, die aus Europa über die algerische Grenze importiert wurden. Dieses Netz hat sich rasant entwickelt und bot zahlreiche kleine Jobs für junge Menschen entlang der gesamten Lieferkette.

Zur selben Zeit kurbelte der Tourismus den Verkauf von kunsthandwerklichen Produkten, den Bau von Hotels, kleinen lokalen Restaurants und Gasthöfen an. Erfolgreiche Geschäftsverbindungen zwischen Agadez und Algerien sowie Agadez und Libyen entstanden. Jede neue Auflage des Autorennens „Rallye Paris-Dakar“ war „ein Fest“ für die Jugendlichen in Agadez: sie arbeiteten als Touristenführer*innen. Die Region wurde auch bei Staatsbeamten*innen beliebt, sie ließen sich gerne dorthin versetzen. Viele junge Menschen aus anderen Regionen Nigers verließen ihre Dörfer und wanderten in größere Städte ab.

Dank dieser wirtschaftlichen Möglichkeiten spürte die Jugend in Agadez wenig von den Folgen der großen Trockenperiode der 70er Jahre in Niger.

Saisonale Arbeitsmigration Richtung Libyen und Algerien gab es schon immer. Diese Form der Migration in die Nachbarländer stellte eine ganz normale lokale wirtschaftliche Wanderbewegung dar und betraf alle jungen Nigrer*innen aus der Region Agadez und anderen Regionen Nigers. Dieser lokale Migrations-Prozess ist völlig unabhängig von einer etwaigen Weiterreise und Migration über das Mittelmeer nach Europa zu betrachten.

Den ersten wirtschaftlichen Rückschritt erfuhr die Region durch die Sicherheitskrisen infolge des bewaffneten Aufstands der Tuareg, welche Anfang 1990 die Unabhängigkeit der Region forderten. In der Folge dieses Aufstands brach der Tourismus zusammen. Dies ging mit der Schließung von Reiseagenturen, Hotels und Kunsthandwerkzentren einher. Unter den Jugendlichen erreichte die Arbeitslosigkeit ein Rekordhoch. Mit dem Beginn der militärischen Einsätze und der verstärkten Sicherheitsvorkehrungen in der Region kam die lokale Wirtschaft zum Erliegen.

Vor diesem Hintergrund der Zwangsisolierung und der stagnierenden Wirtschaft entwickelte sich das Migrationsgeschäft als vielversprechende wirtschaftliche Alternative. Die Entstehung der Migrationsnetze in der Region Agadez vollzog sich in mehreren Phasen und stand im Zusammenhang mit den gesellschaftspolitischen Gegebenheiten im Großraum Sahel-Sahara:

Vor 1990 war Arlit der Hauptausgangspunkt für Migrant*innen, die nach Algerien reisen wollten, Dirkou in geringerem Maße für die LKW-Transporte. In Agadez existierten noch keine etablierten Strukturen für die Weiterreise von Migrant*innen. 1995 wurden zwischen den bewaffneten Tuareg-Rebellen und der nigrischen Regierung Friedensverträge unterzeichnet, in deren Klauseln es unter anderem um Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung der ehemaligen Kämpfer in die Verteidigungs- und Sicherheitskräfte (FDS) und in das sozioökonomische Gefüge ging. So wurde von 1995-1998 der „Transport von Migrant*innen“ als eine günstige Alternative für die soziale Integration der ehemaligen Kämpfer betrachtet.

Offiziell wurden ab dem Jahr 2000 die ersten Vermittlungsagenturen im Busbahnhof von Agadez gegründet. Die Aktivität wurde durch den Staat legalisiert und reglementiert. Diese Agenturen zahlten, wie jedes andere Unternehmen, Steuern und Abgaben an die Stadt Agadez. Damals wurden diese Netze vollständig durch Niger (vor allem ehemaliger Kämpfer) verwaltet und kontrolliert: die ehemaligen Kämpfer kümmerten sich um die Beförderung, manche Familienoberhäupter boten Übernachtungsmöglichkeiten an, die Frauen die Verpflegung und junge Menschen beschäftigten sich mit diversen anderen Dienstleistungen in diesem Sektor. Zwischen 2000 und 2006 konnte die Region Agadez gewissermaßen aufatmen. Das führte zu einer Wiederbelebung des Tourismus: es gab wieder Direktflüge nach Agadez, in der Urlaubssaison

⁵ Kurze Beschreibung der Methode, siehe Anhang 1. Die Ziele der Erhebung sind nochmals in Anhang 2 aufgeführt.

lebte man von den Einnahmen aus den Hotels, von der Renovierung von Häusern in Agadez und dem Verkauf von Tuareg-Schmuck.

2007 brach eine neue Tuareg-Rebellion⁶ aus, bei der auch Tretminen zum Einsatz kamen. Dies machte erneut jegliche Form von Tourismus zunichte und seitdem hat sich die Sicherheitslage nicht wieder stabilisiert. Erst seit diesem Zeitpunkt wurde aus der Migration ein großer und vor allem lukrativer Wirtschaftszweig.

Nach dem Untergang des Gaddafi Regimes 2011 ist das Migrationsgewerbe noch einmal rasant gewachsen. Vor allem wurde die Entwicklung durch die Ankunft zahlreicher junger Toubou⁷-Transporteure (Nigrer, Libyer und Tschader) verstärkt. Diese verfügten über leistungsfähigere 4x4 Fahrzeuge - unter anderem die in der Region berühmten „Hilux Taliban“, die den Fuhrparks des libyschen Staates und libyscher Unternehmen entstammten. Durch die Abwesenheit staatlicher Kontrolle an der libyschen Grenze hat die Migrationsroute über Libyen massiv an Bedeutung gewonnen. Auch die Beschäftigung, die im Umkreis von Migration entsteht, nahm zu und versprach finanziellen Erfolg. Infolge des Auftretens neuer Akteure wandelte sich das Beschäftigungsfeld: insbesondere Staatsangehörige der Herkunftsländer der Migrant*innen ließen sich als Manager*innen von Unterkünften und Anwerber*innen in den Städten Agadez, Arlit und Dirkou nieder. Sie spielten dort in der Mobilisierung eine wichtige Rolle. Der Ausbruch des Konflikts im Norden Malis 2012 durch die Nationale Bewegung für die Befreiung des Azawad (MNLA) sowie diverse Dschihadisten-Gruppen (u.a. Ansar Adine, AQMI und Mujao) hat weiter dazu beigetragen, dass Niger als Transitland für Migrant*innen aus West- und Zentralafrika an Bedeutung gewann.

Die sozioökonomischen Entwicklungen in den Ursprungsländern, insbesondere der stete Anstieg der Bevölkerungszahlen, Demokratiedefizite, Perspektivlosigkeit der Jugendlichen und die verbesserte Entwicklung im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik, begünstigten zusätzlich das Erstarken von Niger als Transitland.

II. Die wichtigsten Ergebnisse der Erhebung

2.1. Die Einführung und Anwendung des Gesetzes 2015-36 hat negative Auswirkungen auf das wirtschaftliche und soziale Leben in Niger sowie auf die Sicherheit im Land.

Alle menschlichen Gesellschaften sind durch Migrationsbewegungen beeinflusst. Mittlerweile regeln zahlreiche Rechtsvorschriften die grenzüberschreitende Bewegung von Menschen. Dies sind internationale Abkommen, Vereinbarungen und Protokolle, die auch Niger ratifiziert hat.⁸ Daneben bestehen rein nigrische Rechtsvorschriften zur Regelung der Migration und der Wanderungsbewegungen von Menschen und ihren Gütern.

Dies sind:

- I. Protokoll über die Freizügigkeit von Personen, das Aufenthalts- und das Niederlassungsrecht A/P1/5/79 (ECOWAS), das 1980 in Kraft trat
- II. Dekret Nr. 81-191 vom 29. Oktober 1981, das die Einreise- und Aufenthaltsbedingungen von Ausländern in Niger regelt
- III. Verordnung Nr. 2010-86 vom 16. Dezember 2010 über die Bekämpfung des Menschenhandels
- IV. Gesetz Nr. 2015-36 vom 26. Mai 2015, das diese Quellen ergänzt und ist die Rechtsgrundlage ist, aufgrund derer Schleusungsaktivitäten verboten werden.

Nach der politischen Zerschlagung Libyens und dem Sturz Gaddafis hat die Zahl der Migrant*innen zugenommen. Mehr Menschen machten sich zur gefährlichen Überquerung des Mittelmeeres auf, die Zahl der Toten in der Sahara und auf dem Mittelmeer stieg. Diese Situation nahmen die Länder Europas als großes Problem wahr. Es wurden immer härtere Maßnahmen ergriffen, um die als „illegal“ geltenden Migrationsbewegungen in Richtung Europa zu unterbinden. Auf dem Gipfel von Valletta 2015 wurden drastische Maßnahmen vorgeschlagen, um irreguläre Migration zu verhindern oder zu reduzieren. Migration wurde zunehmend kriminalisiert und als zu bekämpfendes Phänomen in die Nähe von Menschen-, Waffen- und Drogenhandel gerückt, ungeachtet der Tatsache, dass das Recht auf Freizügigkeit in vielen Ländern der Region fest verankert ist. Die polizeilichen Maßnahmen entlang der Grenzen wurden verschärft, enorme finanzielle Mittel dafür bereitgestellt. Diesen Bemühungen zum Trotz ließen sich die Migrationsbewegungen in den betreffenden Ländern nur bedingt aufhalten. Die afrikanischen Länder

⁶ Wie auch in den Rebellionen zuvor forderten Tuareg-Gruppen eine stärkere Unabhängigkeit der von ihnen hauptsächlich bewohnten Gebiete in Nord-Niger wie auch in Nord-Mali. 2007 standen die Forderungen nach einer größeren Beteiligung an Gewinnen aus der Uranproduktion, eine stärkere Dezentralisierung sowie stärkere Entwicklungsprogramme für den Norden des Landes im Vordergrund (vgl. u.a. Basedau, M./Werner, B. (2007): Neue Tuareg-Rebellion: Der Niger in der „Konfliktfalle“?. In: GIGA Focus, Nr. 12).

⁷ Ethnische Gruppe

⁸ Die Liste der Gesetze und Abkommen ist im Anhang 3 zu finden.

sollten aber ab sofort, nach Ansicht der EU, in die Strategie zur Steuerung und Reduzierung von Migrationsbewegungen zwingend einbezogen werden und mitverantwortlich dafür sein.⁹

Aufgrund seiner geografisch strategischen Lage als Transitland für Migrationsbewegungen nach Europa wurde Niger aufgefordert, sich an dieser europäischen Strategie zu beteiligen und den Transit irregulärer Migrant*innen durch das eigene Staatsgebiet zu verhindern. Damit sollte vor allem die Migration von Agadez ausgehend unterbunden werden. Wie andere sogenannte „Entwicklungsländer“ auch, zeigte sich Niger entschlossen, die irreguläre Migration zu bekämpfen, und verabschiedete am 26. Mai 2015 das Gesetz Nr. 2015-36¹⁰. Das Gesetz sieht vor:

- der illegalen Migration vorzubeugen und diese zu bekämpfen
- die Rechte von Migrant*innen in irregulären Migrationsprozessen zu schützen
- die nationale und internationale Zusammenarbeit zu fördern und zu erleichtern, um alle Formen der irregulären Migration zu bekämpfen

Das Gesetz findet in allen Bereichen der „illegalen“ Migration Anwendung und macht keinen Unterschied, ob die Akteure mit organisierter Kriminalität oder kriminellen Gruppen in Verbindung gebracht werden oder ob es sich um Individuen handelt.

Es werden alle Tätigkeiten, die im Zusammenhang mit Migration gesehen werden können, unter Strafe gestellt. Gemeint sind u.a. folgende Tätigkeiten:

- grenzüberschreitender Transport (5-10 Jahre Gefängnis, Geldstrafe zwischen 1 und 5 Millionen FCFA [ca. 1.500 – 7.600 €])
- Herstellung, Ausstellung, Beschaffung oder Besitz gefälschter Dokumente zum Zweck der illegalen Migration (3-7 Jahre Gefängnis, Geldstrafe zwischen 1 und 3 Millionen FCFA [ca. 1.500 – 4.600 €])
- Beihilfe zum illegalen Aufenthalt einer nicht-nigrischen Person ohne die geltenden Aufenthaltsvorschriften einzuhalten (2-5 Jahre Gefängnis, Geldstrafe zwischen 500.000 und 2 Millionen FCFA [ca. 750 – 3.000 €])
- Komplizen in allen genannten Tätigkeiten erhalten das gleiche Strafmaß.

Wenn eine Person für schuldig befunden wird,

- kann ohne Angabe von weiteren Gründen der Besitz der Person konfisziert werden,
- kann sie an der befristeten oder permanenten Ausübung sozialer oder beruflicher Aktivitäten gehindert werden,

- kann ihre Dienstleistung befristet oder dauerhaft unterbunden und/ oder ihre Unterkunft befristet oder dauerhaft geschlossen werden,
- kann sie von öffentlichen Ausschreibungen oder staatlicher Hilfe ausgeschlossen werden.

Das Gesetz ist direkt nach seiner Verabschiedung im Mai 2015 umgesetzt worden. Informationen, Sensibilisierungen, Warnungen oder sonstige vorausgehende Ankündigungen diesbezüglich fanden nicht statt. Das Gesetz hat die nigrische Bevölkerung, vor allem die Jugend von Agadez, komplett unvorbereitet getroffen. Von einem Tag auf den anderen sind Aktivitäten, die am Vortag noch legal und mit Zustimmung der nigrischen Behörden durchgeführt wurden, illegal geworden. Die Betroffenen wurden verhaftet, Fahrzeuge konfisziert und Unterkünfte geschlossen. Nicht nur die Bevölkerung ist über die Auswirkungen des Gesetzes nicht informiert worden, sondern auch den nigrischen Beamten fehlte es in einigen Fällen am detaillierten Wissen zur Durchsetzung des Gesetzes. So erfolgten Verhaftungen, Festnahmen oder Beschuldigungen teilweise willkürlich.

Die Auswirkungen sind bis heute massiv zu spüren und spiegeln sich deutlich in den Aussagen der Interviewpartner*innen wieder. Nach Aussage diverser Nigrer*innen spielte der Druck, den die Europäische Union ausübte, die entscheidende Rolle in der sofortigen Um- und Durchsetzung des Gesetzes. Die Implementierung führte zu sozialen Spannungen in Agadez, die auch heute noch andauern. Seit der Einführung des Gesetzes wurden über 120 Personen festgenommen und mehr als 100 Fahrzeuge stillgelegt.

Von den verschiedenen Beschäftigtengruppen in Agadez wird das Gesetz unterschiedlich, jedoch ausschließlich negativ wahrgenommen. Die Dienstleister*innen im Migrationsgeschäft und die Verantwortlichen der Gebietskörperschaften bemängeln seine überstürzte Einführung. Sie bestätigen, dass das Gesetz im Widerspruch zu den Bestimmungen der Westafrikanischen Wirtschaftsunion (ECOWAS), nach denen die Freizügigkeit und der freie Warenverkehr erlaubt sind, steht¹¹. So scheint es auch zunehmend auf der Strecke Niamey-Agadez Kontrollen und Verhaftungen zu geben. Auch Staatsangehörige der ECOWAS-Mitgliedsstaaten werden an ihrer rechtmäßigen Reisetätigkeit gehindert.

Wie ein junger Aktivist, der seinen Namen nicht preisgeben will (er wurde inhaftiert, nachdem er das Gesetz Nr. 2015-36 in den sozialen Netzwerken als „kriminell“ bezeichnet hatte), sagt: „Dieses Gesetz ist der schlimmste Albtraum für die Jugend; es ist als ob man uns die Luft abgeschnürt hätte; das Gesetz wurde von heute auf morgen verabschiedet und ist in

⁹ HACP, 2017, Diagnostic rapide sur la situation actuelle du trafic des migrants et son évolution dans la région d'Agadez.

¹⁰ In der Folge: Freie Übersetzung einiger zentraler Artikel des Gesetzes.

¹¹ Protokoll über die Freizügigkeit von Personen, das Aufenthalts- und das Niederlassungsrecht A/P1/5/79 (ECOWAS), das 1980 in Kraft trat.

Kraft getreten. Unsere Freunde, die z.B. Fahrer und Vermittler von Unterkünften sind, wurden einfach festgenommen. Keiner hat ihnen gesagt warum oder sie vorher gewarnt. Sie wurden einfach festgenommen.“

Die Folgen der plötzlichen Unterbindung aller Formen von Geschäftstätigkeiten, die im Zusammenhang mit Migration stehen – anfangs ohne jede Form der Kompensation, später mit zögerlich anlaufenden Maßnahmen – sind gravierend. Sie sind in allen Bereichen und in allen drei Gemeinden der Region, auf die sich die Untersuchung erstreckt, zu spüren.

Mit dem Zusammenbruch des Wirtschaftszweigs Migration ist der Jugend auch die letzte Möglichkeit genommen, das Einkommen ihrer Familien zu sichern, nachdem zuvor schon der Tourismus und die Goldsuche als alternative Einkommensquellen weggebrochen sind. Gerade die Goldschürfferei bot einigen jungen Menschen unmittelbar nach Einführung des Gesetzes eine berufliche Alternative. Doch mittlerweile wurden die Goldminen von Djado durch den nigrischen Staat geschlossen. Der Jugend ist nichts geblieben. Das Gefühl der Enttäuschung sitzt tief. Frustration und Beschäftigungslosigkeit haben dazu geführt, dass sich die Jugendlichen an verborgenen Orten treffen, ihren Frust austauschen und zunehmend Drogen konsumieren, um dem Alltag zu entfliehen. Im Laufe der Erhebung wurde deutlich, dass es viele dieser ‚verborgenen Orte‘ verteilt über die ganze Stadt gibt und ihre Zahl wächst. Lehrer*innen berichten verstärkt, dass Drogen auch zu einem Problem an Schulen werden. Festzustellen ist auch eine Zunahme sexuell übertragbarer Krankheiten, die es zwar auch in der Vergangenheit gab, jedoch nicht so gehäuft. Dies ist vor allem direkt nach der Einführung des Gesetzes ein Problem gewesen, da sich zu dem Zeitpunkt sehr viele Menschen in der Stadt aufhielten, die an ihrer geplanten Weiterreise behindert wurden. Eine weitere Folge der strikten Anwendung des Gesetzes ist die gestiegene Selbstmordrate und eine Zunahme depressiver und anderer psychischer Erkrankungen. Berichte über Vergewaltigungen von Migrantinnen nehmen zu. Befragte Jugendliche wussten über den Umlauf von Falschgeld zu berichten und einige sind bereits selbst Opfer von Falschgeld geworden.

Unmittelbar nach Einführung des Gesetzes saßen Migrant*innen aus unterschiedlichen Ländern West- und Zentralafrikas¹² in Agadez fest. Diese Menschen hatten nicht genug finanzielle Mittel für einen längerfristigen Aufenthalt in der Stadt und waren – konkurrierend zu den Nigrer*innen – auf der Suche nach Einkommensquellen. Laut der Bilanz des Gesetzes Nr. 2015-36 des Regionalrats (CR) von Agadez 2018 nahm und nimmt die Prostitution junger Mädchen, oft Minderjähriger, zu.¹³

Der zentrale Ansprechpartner der Vereinigungen von jungen Menschen der Region Agadez, Bianou Ousmane, meint: „Es gibt Stadtteile am Rande der Stadt Agadez, wo sich der Verkauf und Konsum von Drogen durch junge Menschen etabliert hat. Vorher waren letztere in Migrationstätigkeiten eingebunden und sind jetzt Opfer des wirtschaftlichen Rückgangs“.

„In der Stadt Agadez ist das Wirtschaftsleben zum Stillstand gekommen“, empört sich ein Jugendlicher. Die Wirtschaftskrise macht sich an den angebotenen Waren bemerkbar. Auch Bauern und Bäuerinnen und Viehzüchter*innen sind zum Opfer der Politik geworden. Für ein Schaf, welches vorher für 50.000 bis 75.000 FCFA [ca. 76 - 114 €] verkauft wurde, werden nun 35.000 bis - selten - 45.000 FCFA [ca. 53 - 69 €] erzielt.¹⁴

Die Maßnahmen der Behörden werden von den Betroffenen, die alles verloren haben, negativ aufgenommen.

Aichatou Djibo, Imbissbetreiberin am Autohof von Arlit, ist seit 35 Jahren in diesem Geschäft und sagt: „Als die Migranten noch nach Agadez kamen, habe ich einen viel besseren Umsatz gehabt. Die Leute standen Schlange bei mir. Seit die Behörden alle Aktivitäten verboten haben, verkaufe ich nichts mehr und werde meine Lebensmittel nicht mehr los. Jetzt überlege ich, etwas anderes zu machen“

Ein Einwohner Agadez‘ drückte sich so aus: „Eine Tätigkeit, die seit Jahrzehnten regel- und vorschriftsmäßig ausgeführt wurde, ist von heute auf morgen durch Einmischung des Westens kriminalisiert worden“.

Nach mittlerweile drei Jahren nach Einführung des Gesetzes herrscht unter den lokalen Autoritäten, den gewählten Gemeindevertreter*innen sowie den Eltern große Besorgnis über die erzwungene Beschäftigungslosigkeit und den Mangel an Alternativen für junge Menschen in der Region. Sie fühlen sich an die schlimmen Jahre der bewaffneten Rebellion, die zum wirtschaftlichen Niedergang der Region führten (1990 und 2006), erinnert und wollen dies nicht noch einmal erleben.

¹² U.a. Mali, Senegal, Ghana, Elfenbeinküste, Guinea, Kamerun, Tschad.

¹³ Conseil Régional d'Agadez, 2018, Bilan de la Loi 2015-36.

¹⁴ Aussage eines Teilnehmers am Dialogworkshop in Agadez.

Auch die Gemeinden bekommen die Folgen dieses Gesetzes zu spüren.

Der Bürgermeister der ländlichen Gemeinde Dirkou berichtet über einen starken Einkommensrückgang der Gemeinde: „Früher hat die Gemeinde über 4.000.000 FCFA [ca. 6.100 €] pro Woche eingenommen, heute kommt sie kaum noch auf 62.000 FCFA [ca. 95 €] im Monat. Die Gemeinde kann die Gehälter ihrer Angestellten nicht mehr bezahlen. Noch mehr Leute werden erwerbslos. Die Situation ist sehr verfahren.“

Vor Einführung des Gesetzes sind gewerbliche Tätigkeiten im Zusammenhang mit Migration versteuert worden. Da Migration zwar immer noch, aber eben im Verborgenen stattfindet, entgehen den Gemeinden wichtige Einnahmen. Unter den kommunalen Volksvertreter*innen macht sich Frustration breit. Für viele ist völlig unverständlich, warum „**Niger ein Problem regeln will, welches aus ihrer Sicht ein Problem Europas und nicht Nigers ist**“. Sie sind außerdem der Meinung, dass „**die Art und Weise, wie versucht wird, dieses ‚Problem‘ zu lösen, nämlich durch Strafverfolgung, nicht richtig ist**“. Grundsätzlich sind in ihren Augen die Migrationsbewegungen in der Region über Jahre gewachsen und selbstverständlicher Bestandteile des Lebensalltags. Insofern herrscht Unverständnis über die plötzliche negative Umdeutung von Migration und die entsprechende gesetzliche Regelung. Das Gesetz wird grundsätzlich kritisch gesehen und in Frage gestellt. Und dennoch erfordert die Situation, da nicht mit einer baldigen Änderung der Dynamik zu rechnen ist, einen pragmatischen Umgang. So sind die lokalen Gewählten der Ansicht, der Staat hätte, wenn schon der ‚Kampf gegen irreguläre Migration und Schleuserkriminalität‘ zum Thema gemacht wird, im Vorfeld wenigstens alle Akteure einbeziehen müssen, um gemeinsame Lösungen zu finden, die den Bedürfnissen aller Beteiligten gerecht werden. Zudem wäre es angemessen gewesen, eine Übergangsphase bei der Einführung des Gesetzes einzuplanen und die Gesetzgebung und ihre Folgen über lokale Medien öffentlich zu machen. Dies hätte den Akteur*innen wenigstens ermöglicht, mit Unterstützung der nigrischen Behörden nach alternativen Einkommensmöglichkeiten zu suchen, Umschulungen zu starten und so den dauerhaften Verdienstaufschlag von einem auf den anderen Tag zu vermeiden.

Bei ihrem offiziellen Besuch in Agadez am 19. September 2015 hatte Federica Mogherini, Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik und Vizepräsidentin des Europäischen Rates, zugesagt, die Region Agadez im Rahmen des Gesamtansatzes Migration und Mobilität der Europäischen Union (Entwicklung-Sicherheit-Migration) zu unterstützen. Bis jetzt ist von der Unterstützung nach Einschätzung aller Befragten wenig bis nichts zu sehen.

Mohamed Anacko, Präsident des Regionalrates von Agadez: „Meiner Meinung nach dient der von der Europäischen Union eingerichtete Treuhandfonds eher dazu, klassische Entwicklungsprojekte zu finanzieren; die werden aber das bestehende Problem nicht lösen. Wir als Regionalrat haben für ein ganzheitliches Projekt plädiert, welches sich ganz konkret an alle Dienstleister im Migrationsgeschäft richtete. Aber wir wurden nicht gehört.“

Aufgrund der geschilderten Auswirkungen und Widerstände lässt sich resümieren, dass der Zweck des Gesetzes nicht erreicht wurde. Migration findet weiterhin statt. Sie sucht sich nur neue Wege, neue Transportmethoden, neue Reiserouten und Kommunikationswege. Dadurch haben sich die Rahmenbedingungen der Migration verschärft. Die Gefahr aller Beteiligten, festgenommen zu werden, ist gestiegen. Die am Migrationsgeschäft Beteiligten sind besser organisiert und entwickeln neue Strategien, um ihre Arbeit fortzusetzen und so gegen die von ihnen wahrgenommene Ungerechtigkeit anzugehen. Die von den Verteidigungs- und Sicherheitskräften (FDS) kontrollierten alten Routen werden von den Transporteuren vermieden. Dank der Unendlichkeit der Wüste, der Durchlässigkeit der Grenzen, der begrenzten Mittel der Verteidigungs- und Sicherheitskräften (FDS), ihrer eigenen Ortskenntnisse und neu erworbener Fahrzeuge, ist es den Transporteuren möglich, eine Strafverfolgung zu umgehen und ihre Tätigkeit fortzusetzen. Sie rüsten sich mit Satelliten-Telefonen (Tourayas), GPS und Waffen aus und stellen sich jede Nacht neuen Herausforderungen. Die polizeiliche Verfolgung zwingt sie dazu, sich ständig in anderen Stadtteilen, in Dörfern oder im Gebirge zu verstecken.

Ein junger Journalist von Radio Aïr Info erklärt: „Es gibt immer noch Transporteure, die der Kontrolle der Sicherheitskräfte entgehen; manchmal auch mit Hilfe korrumpierter Polizisten. Es gelingt ihnen, die Wüste zu durchqueren und ihre Klienten bis zur libyschen Grenze zu begleiten. Diese Tätigkeit ist so rentabel, dass sie dafür ihre Freiheit und ihr Leben aufs Spiel setzen.“

Das Gesetz hat aber nicht nur Auswirkungen auf die Dienstleister*innen im Bereich der Migration, sondern insbesondere auch massiv auf die Migrant*innen selbst: Migration wird kriminalisiert. Migrant*innen sind gezwungen sich die wenigen zur Verfügung stehenden Unterkünfte zu teilen. Die Kosten für die Unterkünfte sind seit Einführung des Gesetzes enorm gestiegen. Die Bedingungen, sich von Agadez ausgehend auf die Reise zu machen sind deutlich schwieriger, kostenintensiver und ge-

fährlicher geworden¹⁵. Transporteure, die von den Verteidigungs- und Sicherheitskräften verfolgt werden, lassen die Migrant*innen aus Angst vor Verhaftungen und den folgenden Strafen allein in der Wüste zurück. Die Anzahl der Beteiligten hat sich zwar verringert, die Aktivität geht aber im Geheimen und infolge des Gesetzes illegal weiter. Sie wird erneut rentabler, verursacht mehr Todesfälle sowie Verletzungen der Rechte und der Würde der Migrant*innen: Man lässt sie verhungern, verdursten, sie werden gefoltert, bedroht, vergewaltigt, ausgeraubt, verkauft oder manchmal auch beseitigt. Wöchentlich entdecken Vertreter*innen der Presse oder Reisende mitten in der Wüste Massengräber von Migrant*innen, die ihrem Schicksal überlassen wurden¹⁶. Humanitäre Organisationen haben Probleme, an die Migrant*innen heranzukommen, um sie moralisch, psychologisch oder medizinisch zu unterstützen.

Infolge der Einführung des Gesetzes Nr. 2015-36 vom 26. Mai 2015 kann festgehalten werden:

- ☞ Die Einführung des Gesetzes Nr. 2015-36 vom 26. Mai 2015 hat die gesamte Bevölkerung von Agadez völlig unvorbereitet getroffen. In Folge der überstürzten Einführung kam es plötzlich zu Verhaftungen, ohne dass berücksichtigt wurde, dass diese Tätigkeiten vorher legal waren. Die Bevölkerung fühlt sich vom nigrischen Staat verraten, das Gesetz ist unbeliebt und wird als vom Westen diktiert empfunden.
- ☞ Die Anwendung des Gesetzes hat die soziale und wirtschaftliche Lage der Einwohner*innen von Agadez verschlechtert. Legale Aktivitäten sind zu kriminalisierten „Schleuseraktivitäten“ geworden, die außerhalb der staatlichen oder sozialen Kontrolle stattfinden. Die Dienstleister*innen stehen vor der Wahl, ihre Erwerbstätigkeiten aufzugeben und ohne Einkommen dazustehen oder in der Illegalität zu arbeiten und sich dabei täglich großen Risiken auszusetzen. Migrant*innen sind in einer Zwangslage: den illegalisierten, teureren und wesentlich gefährlicheren Weg anzutreten oder von ihrem Migrationsvorhaben Abstand zu nehmen, was für die meisten von ihnen keine Option ist.
- ☞ Das Land befindet sich in einem Dilemma. Die von Niger ratifizierten Abkommen der ECOWAS erlauben seit 1979 Freizügigkeit und den freien Warenverkehr. Diese Regelung wird durch den Wortlaut des neuen Gesetzes implizit ausgehebelt. Die europäischen Partner knüpfen ihre Hilfe an die Bedingung, Migration zu unterbinden. Unter dem Druck der beiden Seiten hat sich Niger für eine Doppelmoral entschieden, zum Nachteil der Bedürfnisse der Bevölkerung.

2.2. Die Begleit- und Hilfsmaßnahmen zur Schaffung wirtschaftlicher Alternativen sind unzureichend und kaum an die lokalen Umstände und die Zielgruppen angepasst.

Am Ende des Gipfels von Valletta sind verschiedene Akteure, vor allem die EU und der Staat Niger, Verpflichtungen eingegangen. Flankierend zu den Bemühungen, Migration zu unterbinden, wurden verschiedene europäische Begleitmaßnahmen identifiziert: Erstens ein Angebot an Erwerbsalternativen für ehemalige Dienstleister*innen im Migrationsgeschäft, zweitens Entwicklungsprogramme und humanitäre Hilfe für Migrant*innen sowie drittens die Unterstützung der Verteidigungs- und Sicherheitskräfte für eine effiziente Bekämpfung der irregulären Migration.

Zur Schaffung des Alternativangebots wurden Maßnahmen im Rahmen des Notfall-Aktionsprogramms für die Region Agadez (PAIERA) festgelegt. Das Programm, geleitet durch die Hohe Behörde für Konsolidierung von Frieden (HACP), wird aus dem EU Notfallfonds für Afrika finanziert. Ziel ist es, parallel zu den verschärften Maßnahmen der Migrationskontrolle und Bekämpfung der irregulären Migration, eine alternative Beschäftigung anzubieten.

Das Projekt zielt insbesondere darauf ab:

1. einen Dialog mit den Hauptakteuren des irregulären Migrationsgeschäfts aufzunehmen, diese für die einschlägige Regierungspolitik und die mit der Schleusung verbundenen Gefahren zu sensibilisieren sowie alternative Erwerbsmöglichkeiten zu prüfen und anzubieten;
2. den wirtschaftlichen Akteuren, die finanziell direkt oder indirekt von den Migrant*innen profitieren, Beschäftigungsmöglichkeiten sowie Möglichkeiten der gesellschaftlichen und beruflichen Eingliederung anzubieten.

¹⁵ HACP, 2017, Diagnostic rapide sur la situation actuelle du trafic des migrants et son évolution dans la région d'Agadez.

¹⁶ HACP, 2017, Diagnostic rapide sur la situation actuelle du trafic des migrants et son évolution dans la région d'Agadez.

Das Programm betrifft die 15 Gemeinden der Region Agadez. Das Budget teilt sich folgendermaßen auf:

PAIERA-Projekte	Euro
Steuerungsprojekt des Agadez-Notfall-Aktionsplans (AGAPAIR)	1.075.000
Projekt der wirtschaftlichen und sozialen Integration junger Menschen: Beschäftigungsprogramm für Agadez (EPPA)	2.275.000
Projekt zur Unterstützung der sozioökonomischen Stabilität in der Region Agadez (PASSERAZ)	3.500.000
Technische Hilfe zur Unterstützung der HACP	625.000
Gesamtbetrag der unterzeichneten Verträge	7.475.000
Zweckgebundene Rücklagen für Kommunikation/Sichtbarkeit und Evaluation/Audits	525.000
GESAMTSUMME	8.000.000

Quelle: PAIERA 2018

Der Regionalrat von Agadez hat eine Liste von insgesamt 6.565 ehemaligen Dienstleister*innen im Migrationsgeschäft erhoben, 2.345 davon haben beim Projekt einen Antrag auf Umschulung zu alternativen Beschäftigungsmöglichkeiten gestellt. Davon wurden bislang nur 294 Dossiers finanziert, 371 sind in Bearbeitung. Der für die Einzeldossiers gewährte Betrag beläuft sich auf 1.500.000 FCFA [ca. 2.300 €] pro Person und auf 4.500.000 FCFA [ca. 6.900 €] für Kollektivanträge von Personengruppen.

Die begleitenden Entwicklungsprogramme werden durch europäische oder nationale Institutionen und NRO umgesetzt. Folgende Programme und Projekte haben sich herauskristallisiert:

- Programm zur „Bewältigung der Migrationsherausforderungen“ (ProGEM), das von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) durchgeführt wird. Letztere ist in den Regionen Agadez, Tahoua und Zinder für die Dauer von 3 Jahren (10/2016– 09/2019) tätig. Budget: 28,5 Mio. EUR (ca. 18,5 Mrd. FCFA, Ko-Finanzierung EU (25 Mio. EUR) und BMZ (3,5 Mio. EUR)). Das Oberziel des Programms ist es, die Gebietskörperschaften bei der Bewältigung der Migrationsauswirkungen zu unterstützen. Die betreffenden Gemeinden der Region Agadez sind Agadez selbst, Arlit, Aderbissinat, Dirkou und Tabelot.
- Ergänzend kommen die durch die Bevölkerung umgangssprachlich „deutsche Bundeskanzlerin-Projekte“ genannten Projekte hinzu. Infolge des Besuchs der Kanzlerin in Niger am 10. Oktober 2016 wurden im Rahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit für die Region Agadez zusätzliche Mittel in Höhe von 27 Mio. EUR zugesagt. Diese sollen zur Finanzierung von Entwicklungsprojekten, die die Ursachen der irregulären Migration bekämpfen und den indirekten Akt-

euren Alternativen bieten, eingesetzt werden. Es handelt sich um Projekte zur Sanierung der ländlichen Straßen, zum Bau von Schulen, aber auch zur beruflichen Bildung.

- Projekt zur Unterstützung der Ausbildung und der beruflichen Eingliederung von jungen Frauen und Männern der Regionen Agadez und Zinder, das von der Luxemburger Agentur für Entwicklungszusammenarbeit (**LuxDev**) zur Verbesserung der sozioökonomischen Entwicklung dieser beiden Regionen durchgeführt wird. Generelles Ziel des Projekts ist es, die Lebensbedingungen der jungen Menschen der Regionen Zinder und Agadez durch den Aufbau beruflicher Kompetenzen und die Erhöhung der Einstellungschancen zu verbessern. Das Projekt hat eine Dauer von 36 Monaten und ein Budget von 6.900.000 EUR, das von der Europäischen Union finanziert wird. Es wendet sich an 6.000 junge Frauen und Männer im Alter von 15 bis 30 Jahren.
- Projekt zur Förderung landwirtschaftlicher Tätigkeiten und zur Finanzierung der landwirtschaftlichen Produktketten in den Regionen Agadez und Tahoua („ländliche Zentren“), das von der französischen Entwicklungsagentur AFD durchgeführt wird und zum Ziel hat, die Produktionsbedingungen und die wirtschaftliche Verwertung der landwirtschaftlichen Produkte dauerhaft zu verbessern. Es ist für eine Dauer von 63 Monaten angelegt und mit einem Gesamtbudget von 67 Mio. EUR ausgestattet, die gemeinsam von der EU (30 Mio. EUR) und der AFD (37 Mio. EUR) finanziert werden.

Im Bereich der humanitären Hilfe für Migrant*innen sind drei Organisationen vor Ort aktiv:

- 1) Die Internationale Organisation für Migration (IOM). Der Auftrag der IOM ist es, sich für diejenigen Migrant*innen in Not einzusetzen, die von Libyen oder Algerien zurückgekehrt sind oder die in den Transitzonen festsitzen.

Die Projekte zur Förderung der alternativen Erwerbsmöglichkeiten richten sich nicht an die „wirklichen Dienstleister*innen im Migrationsgeschäft“, denn diejenigen, die in erster Linie betroffen sind – Eigentümer*innen von Fahrzeugen und Unterkünften – wurden von der Projektteilnahme ausgeschlossen. Zudem sind die Bedingungen für den Erhalt von Subventionen für die Zielgruppe schwer zu erfüllen: Mehrheitlich Analphabet*innen, sind die Personen kaum in der Lage, einen den Anforderungen gerecht werdenden Projektantrag zu stellen.

- 2) Das französische Rote Kreuz ist in Partnerschaft mit dem nigrischen Roten Kreuz seit 2012 in der medizinischen und psychosozialen Hilfe für die Transitmigrant*innen in der städtischen Gemeinde Agadez tätig.

3) Ärzte der Welt Belgien leistete mit einer mobilen Klinik eine ähnliche Hilfe wie das Rote Kreuz in der Gemeinde Agadez. Das Projekt ist allerdings am 31. Dezember 2016 zu Ende gegangen.

Dem Thema Transit von Migrant*innen wird eine so große Bedeutung eingeräumt, dass verschiedene Institutionen und Strukturen lokale Büros und Zweigstellen vor Ort eröffnet haben.

So stellten die Gebietskörperschaften den Antrag, ein Büro der Europäischen Union in Agadez zu eröffnen – dem wurde im September 2015, während des Besuchs von Federica Mogherini in Agadez, nachgekommen. Dieses Büro ist dem Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) unterstellt, kümmert sich um die Beziehungen zur Region und gewährleistet die Sichtbarkeit der Interventionen der EU.

Die Außenstelle EUCAP/Sahel wurde im April 2016 eröffnet. Sie soll zur Bekämpfung irregulärer Migration durch Stärkung der Kapazitäten der Verteidigungs- und Sicherheitskräfte beitragen (Ziel 5 der Mission EUCAP/Sahel in Niger): Die irregulären Migrationsbewegungen sollen zurückgedrängt und eingeschränkt sowie die Migrationskriminalität wirksamer bekämpft werden.

Der Transit der Migrant*innen hat sich zu einer zentralen Herausforderung für die Gebietskörperschaften von Agadez entwickelt. Infolge des Zuzugs der vielen Migrant*innen hat die Bevölkerungsdichte zugenommen, während gleichzeitig die Gemeinden nur über geringe Mittel verfügen, um diese zusätzlichen Herausforderungen zu meistern. Dies betrifft beispielsweise die Bereitstellung von Unterkünften, Abfallmanagement, Wasser und Energie, Sanitäreinrichtungen, Nahrungsversorgung, etc. Seit die Migrant*innen nicht mehr weiterreisen konnten, hatte diese Situation erhebliche Auswirkungen auf das Leben der Bevölkerung vor Ort. Die Menschen beklagen, dass infolge der verhinderten Weiterreise der Migrant*innen und der Vielzahl der ansässigen und dort blockierten Menschen die lokalen Preise stetig steigen und das Alltagsleben verteuern und erschweren.

Auf der Suche nach Lösungen für diese Problematik haben Verwaltungsbehörden und lokale Autoritäten mehrere Dialog- und Diskussionsforen eingerichtet, um über Lösungsansätze und Auswege zu sprechen. So fanden beispielsweise das internationale, von der Universität von Agadez organisierte Symposium über Migration, der von der Gemeinde von Agadez organisierte runde Tisch über Migration und das von der Gemeinde Dirkou organisierte Forum über Postmigrationsökonomie statt.

Darüber hinaus haben die Gebietskörperschaften regelmäßige Beratungs- und Abstimmungsgremien zur Diskussion von Migration auf der regionalen und kommunalen Ebene geschaffen. Die Gemeinden haben außerdem die kommunalen Entwicklungspläne (PDC) überarbeitet, die nun auch den Aspekt ‚Suche nach Lösungen für die Folgen der Abschaffung der mit Migration verbundenen Wirtschaftsaktivitäten‘ beinhalten.

Trotz all dieser Maßnahmen und initiierten Projekte, ist die einhellige Meinung der Bevölkerung, dass die Projekte nicht zielgruppenfokussiert genug sind, nicht partizipativ genug entwickelt wurden und dass zu wenig Geld für die Betroffenen direkt investiert wurde. Sie beklagen zudem die langsame Umsetzung durch den nigrischen Staat und seine Partner sowie den Ausschluss von Schlüsselakteuren wie Besitzer*innen von Fahrzeugen und Unterkünften von der Projektteilnahme. Das komplexe und sensible Anliegen der Umschulung von ehemaligen Dienstleister*innen im Migrationsgeschäft scheint, nach Aussage der Gesprächspartner*innen, mit seinen verschiedenen angebotenen Maßnahmen die Realität des Problems und die Bedürfnisse der Akteure nicht genügend zu berücksichtigen. Dies hat den Regionalrat von Agadez dazu veranlasst, die Ausarbeitung des Projekts „Prävention und Management der irregulären Migration in der Region Agadez (PPGMI/AZ)“ anzuregen. Ziel dieses Projekts ist es, zur Prävention und Kontrolle der Migrationsbewegungen beizutragen und dafür lokalen Akteuren, die in diesen Geschäftsbereichen tätig sind, Alternativen anzubieten. Das durch den Regionalrat vorgeschlagene Projekt berücksichtigt sowohl die Akteur*innen in den Herkunftsländern der Migrant*innen als auch die nigrischen Akteur*innen und die Diaspora in Europa. Dieses Beispiel macht die Ausweglosigkeit der Situation deutlich: es mag paradox erscheinen, dass der Regionalrat selbst zum Akteur in der Migrationssteuerung wird, doch angesichts der gegebenen Umstände müssen die lokalen Vertreter*innen handeln. Sie müssen der Bevölkerung signalisieren, dass sie sich des Problems annehmen, um ein Stück Autonomie zurück zu gewinnen. Der Regionalrat vertritt die Meinung, dass über das gesamte Netzwerk agiert werden muss, damit die verfahrenere Situation wenigstens zu einer gemeinsam getragenen Lösung kommt. Sie plädieren außerdem für einen inklusiven Ansatz, bei dem weder Besitzer*innen von Fahrzeugen noch die Vermittler*innen von Unterkünften ausgeschlossen werden. Das Projekt, mit einem Gesamtbudget von ca. 20 Milliarden FCFA, hat noch keine Finanzierung erhalten, obwohl es mehreren potentiellen Geldgebern unterbreitet wurde.

Allgemein lassen sich aus den Gesprächen, Workshops und gemeinsamen Analysen zur Wirksamkeit der Begleitmaßnahmen folgende Feststellungen ableiten:

- ☞ Die lokalen Volksvertreter*innen und die Bevölkerung sind der Meinung, dass die europäischen Länder ihr Versprechen nicht gehalten haben. Die Unterstützung der ehemaligen Dienstleister*innen im Migrationsgeschäft in ihrem Bemühen, alternative Einkommensmöglichkeiten zu finden, ist unzureichend. Die Bedürfnisse der Gebietskörperschaften wurden nicht berücksichtigt und die bereitgestellten Mittel liegen deutlich unter den Notwendigkeiten.
- ☞ Der Großteil der Projekte zielt ausschließlich auf die berufliche Aus- und Weiterbildung. Allerdings konnten im Zuge der Recherchen keine Marktanalysen über vermittelbare Berufsprofile und Berufe ausfindig gemacht werden. Bislang stehen klassische Tätigkeiten (Mechaniker*in, Tischler*in, Schneider*in, Kiosk-

verkäufer*in) im Zentrum, über deren Nachhaltigkeits- und Erwerbsaussichten möglicherweise nicht ausreichend nachgedacht wurde und die nicht gemeinsam mit der Zielgruppe erarbeitet wurden.

- ☞ Die Zuverlässigkeit der Bestandsaufnahme (Zählung und Listenführung) der ehemaligen Dienstleister*innen bleibt eine aktuelle Herausforderung, da viele Akteure Angst haben, infolge der Registrierung verhaftet zu werden. Somit lassen sie sich erst gar nicht registrieren. Dies führt dazu, dass in den Listen viele Personen eingetragen sind, die nicht unbedingt die „wirklichen Akteure“ sind. Darunter leidet das Vertrauensverhältnis zwischen den ehemaligen Dienstleister*innen und den Gebietskörperschaften. Es wird deutlich, dass ein Großteil der Projekte und Programme die Zielgruppe gar nicht erreicht.
- ☞ Die Bestimmung der Empfängerzielgruppe für die Umschulungsmaßnahmen war nicht inklusiv, da die Besitzer*innen der Fahrzeuge und der Unterkünfte, die „Chefs“ des Migrationsphänomens, von vornherein davon ausgeschlossen wurden. Angesichts dieser Situation ist leider nur eine geringe Wirkung der Maßnahmen zu erwarten.
- ☞ Die Antrags-, Auswahl- und Zuweisungsverfahren der Subventionen entsprechen nicht der lokalen Realität und berücksichtigen die Bedürfnisse der Anspruchsteller*innen nur unzureichend. Es fehlt zudem an einer Begleitkomponente, um die Bedarfe der Empfänger*innen während der Ausbildung und weiterführenden Begleitung zu decken. Die Laufzeit des Agadez-Notfall-Aktionsprogramms (PAIERA) von 18 Monaten wird als zu kurz erachtet, um eine effiziente Umschulung der ehemaligen Dienstleister*innen zu gewährleisten, da diese meist Analphabet*innen sind und kaum Erfahrung in der Ausübung einer einkommensschaffenden Tätigkeit mit Buchführungskomponente besitzen.
- ☞ Bei allen Treffen äußerten die ehemaligen Dienstleister*innen im Migrationsgewerbe Unverständnis bezüglich der Gründe, warum ihre Anträge nicht vorankommen. Sie werfen den Behörden und den Partnern vor, zu langsam zu sein und sie in die Prozesse nicht einzubeziehen. Die ehemaligen Migrationsbeteiligten bekräftigen, nie einen Partner getroffen zu haben, mit dem sie sich direkt über das Thema austauschen könnten. Sie würden sich wünschen, ein Treffen mit den Geldgeber*innen zu haben, um über ihre aktuelle Lebenssituation zu sprechen und sich Gehör zu verschaffen.
- ☞ Es scheint, dass die Gebietskörperschaften und ihre europäischen Partner im Gespräch aneinander vorbeireden. Nach Ansicht des Präsidenten des Regionalrats von Agadez sollten alle für die Region bestimmten Mittel in die Implementierung von Projekten mit hohem Arbeitskräftebedarf, im Einklang mit dem regionalen und den kommunalen Entwicklungsplänen, fließen. Derzeit sind jedoch nur verstreute und punktuelle Maßnahmen erkennbar. Die internationalen Partner hätten sich, so der Präsident des Regionalrats,

an den Bedürfnissen und Vorschlägen der tatsächlichen Akteure orientieren müssen. Dies müsse ab sofort umgesetzt werden.

2.3. Die Maßnahmen der EU und anderer Akteure haben zu einem gestörten Vertrauen der Bevölkerung gegenüber der Zivilgesellschaft und den lokalen Behörden geführt

In den Gesprächen äußern sich die Menschen sehr unzufrieden mit den in Agadez eingeführten Maßnahmen. Dies macht den Vertrauensverlust der Bevölkerung in lokale und internationale Akteure noch einmal sehr deutlich und verstärkt das Bild schwacher und machtloser lokaler Strukturen gegenüber Einflüssen von außen, in diesem Fall von der EU.

Dieses Misstrauen spielte auch während der Datenerhebung eine Rolle. Die Workshops wurden in einigen Fällen nahezu überrannt, weil die potentiellen Teilnehmer*innen dachten, dort wichtige Informationen oder auch Zugang zu Leistungen zu erhalten. Viele Akteure sehen heute NGOs und Projektträger allgemein als „Geldboten“, als jemanden, der mit einem Hilfspaket kommt. Dadurch verlieren zivilgesellschaftliche Akteure an Einfluss und Glaubwürdigkeit, weil ihre Möglichkeiten, Interessen und Rechte zu vertreten, durch die Erwartungs- und Anspruchshaltung der Bevölkerung verwässert werden. Manche Teilnehmer*innen zogen es vor, nachts, also in vermeintlicher Sicherheit das Gespräch zu suchen, um ihre Meinung zu äußern. Sie warnten, dass die Bevölkerung die Interviewer*innen der Erhebung als „Menschen mit falschen Versprechungen, wie alle anderen Partner“ sehen könnten. Das Misstrauen und die Konkurrenz sind groß.

Dies ist auch in der Zusammenarbeit zwischen den im Bereich der Migration Beschäftigten und den Verteidigungs- und Sicherheitskräften zu spüren. Nach eigener Aussage gaben sie früher Beobachtungen, Vorkommnisse und Verdachtsfälle, die ihnen auf ihrer Reise durch die Ténéré-Wüste rechtswidrig erschienen, weiter. Aus Angst, selbst verhaftet zu werden, haben sie diese Form der Zusammenarbeit mittlerweile eingestellt. Die Gesamtstimmung zeugt von großer Unsicherheit und Misstrauen gegenüber nationalen und internationalen Akteuren, das Kooperationsverhältnis hat sich gewandelt. In informellen Gesprächen äußern Sicherheitskräfte der Armee und der Polizei Ängste und Vorbehalte in Bezug auf den Befehl, bei Fluchtgefahr auf Migrantenfahrzeuge schießen zu müssen. Gleichzeitig rüsten sich nach jüngsten Informationen die Transporteure, die jetzt noch aktiv sind, mit Waffen aus, um sich im Notfall wehren zu können.

Zudem ist nach Aussage der Gesprächspartner*innen ein Anstieg an illegalen Aktivitäten wie Waffenhandel, Drogenverkauf und -konsum quer durch die Gesellschaft zu verzeichnen. Bewaffnete Überfälle am helllichten Tag und mitten in der Stadt, Überfälle auf Konvois, im Stra-

ßenverkehr, Diebstahl von Projektfahrzeugen, von Motorrädern und Morde häufen sich. In den Dörfern der Umgebung werden Motorradbesitzer*innen kaltblütig ermordet und ihre Maschinen gestohlen. Die Situation zeugt von einer zunehmenden Geringschätzung von Menschenrechten und Menschenleben.

Die geäußerten Bedürfnisse und Ängste der verschiedenen Bevölkerungsgruppen zeigen, dass das Management der alternativen Beschäftigungsmöglichkeiten eine große Herausforderung darstellt. Das Vertrauensverhältnis aller Beteiligten ist stark in Mitleidenschaft gezogen: von den Gemeindeverwaltungen, die einer unzureichenden Transparenz bezichtigt werden, weiter zu den Organisationen der Zivilgesellschaft, die als einfache Empfänger der europäischen Mittel für die Implementierung der Projekte betrachtet werden bis hin zur Regierung, welche in den Augen der Befragten lediglich die Anweisungen der Europäischen Union ausführt und dabei die Bedürfnisse ihrer eigenen Bevölkerung vernachlässigt.

Insbesondere die jungen Menschen haben ihre fehlende Einbindung und die Nicht-Berücksichtigung ihrer spezifischen Bedürfnisse lautstark bekundet. Wie aus Informationen in Gesprächen mit den Gemeindevertreter*innen bestätigt, wurde lediglich einer von 15 Plätzen im Abstimmungs- und Diskussionsforum für Migration den Jugendorganisationen zugewiesen. Letztere beklagen sich über ihre unzureichende Einbindung in den Prozess.

WADEL Boubacar, Präsident des Kommunalen Jugendrates von Agadez, erklärt folgendes: „Nie wurden wir zu einer Sitzung des kommunalen Abstimmungsgremiums für Migration eingeladen, wir wurden bis heute nicht in die Diskussion einbezogen, obwohl es um ein Problem geht, das uns direkt betrifft. Wir kennen die Gründe dieses Ausschlusses nicht. Aber der Tag, an dem wir aufstehen werden, wird sehr wehtun.“

Die Jugendlichen aus Agadez, die sich im Rahmen der Befragung geäußert haben, gehören nicht zu der Gruppe der Migrant*innen, die nach Europa migrieren möchten. Sie stellten allerdings den maßgeblichen Anteil an Dienstleister*innen im Migrationssektor. Umso erschreckender ist es, dass sie in die verschiedenen Abstimmungsgremien und Entscheidungsprozesse nicht ausreichend involviert werden, obwohl es bei allen Gesprächsthemen um ihre Bedürfnisse geht.

Ein Vertreter einer Jugendgruppe formuliert es im Gespräch so: „Es ist unmöglich, effiziente und nachhaltige Lösungen zu finden, wenn die Hauptbetroffenen ignoriert und aus der Debatte ausgeschlossen werden.“

Junge Menschen in der Region sind, neben den Migrant*innen, die primären Opfer eines Gesetzes das verabschiedet wurde, ohne sie zu sensibilisieren und ohne ihre Bedürfnisse zu berücksichtigen. Sie bilden außerdem die Akteursgruppe, die Hauptopfer von Verhaftungen und Beschlagnahmungen ihres Einkommens und ihres Besitzes beispielsweise in Form von Fahrzeugen oder Unterkünften ist.

Die Jugendlichen sind in regionalen und kommunalen Jugendräten (CRJ, CCJ) organisiert. Zudem gibt es ein Abstimmungsforum für die Jugendverbände (CCAJ), mehrere Jugendorganisationen (Verband der ehemaligen Schleuser, Verband der Arbeitslosen, etc.) sowie Gruppen junger Aktivist*innen. Diese äußern sich durch die Publikation von aufgebrachten, emotionalen Mitteilungen in den sozialen Netzwerken, den Medien und im Rahmen lokaler, sogenannter „Tee-Debatten“. In diesen Mitteilungen drücken sie ihre Wut und ihren Frust gegenüber Maßnahmen aus, die ihrer Meinung nach nur von der nigrischen Regierung beschlossen wurden, um den Anforderungen der europäischen Staaten gerecht zu werden. Die jungen Menschen sind der Ansicht, dass sie „geopfert“ und ihre Bedürfnisse ignoriert werden. Die Inhalte ihrer Mitteilungen sind teilweise brutal und spiegeln das Hassgefühl wider, das sich gegenüber der europäischen Migrationspolitik entwickelt hat und auch deutlich geäußert wird.

Die Jugendlichen sind fest entschlossen, sich Gehör zu verschaffen. Obwohl sie über wenig lokale Kommunikationsmittel und -technik verfügen, haben sie sich mittels der Entsendung und Teilnahme ihres Vertreters am letzten AU-EU-Gipfel im November 2017 in Abidjan sehr stark für die Berücksichtigung der spezifischen Bedürfnisse der Bevölkerung eingesetzt und forderten deren Berücksichtigung bei der Formulierung der Migrationspolitik.

Die Gesamtheit der Jugendverbände der Stadt Agadez befindet sich zurzeit im Aufbauprozess einer ‚Beobachtungsstelle für die Jugend‘. Diese Struktur soll künftig sicherstellen, dass junge Menschen effektiver in die verschiedenen Abstimmungsgremien einbezogen werden, wenn es um die Migrationsfrage, andere relevante Entwicklungsthemen und die Verwaltung der Stadt geht. Dies soll auch dazu dienen, die Abstimmungsprozesse unter den verschiedenen Jugendorganisationen und -verbänden zu verbessern, da infolge der allgemeinen Arbeitslosigkeit auch eine starke Konkurrenz entstanden ist.

2.4. Gefahr der Radikalisierung bei Nicht-Berücksichtigung der Akteure, insbesondere der Jugend

Die Jugendlichen haben sich bisher nicht radikalisiert oder dem gewalttätigen Extremismus angeschlossen, wie er sich in anderen Regionen (Diffa, Tillabéry) manifestiert. Allerdings sehen viele Gesprächspartner*innen darin eine potenzielle Gefahr, angesichts

verschiedener Gefährdungsfaktoren, die sich zurzeit in diesem Bereich entwickeln:

Aktuelle Studien¹⁷ haben gezeigt, dass bei der Rekrutierung von Jugendlichen in die extremistische Gruppierung Boko Haram das leicht verdiente Geld die wichtigste Rolle spielt. Auch wenn man bedenkt, dass Menschen unter gleichen Bedingungen unterschiedlich reagieren, ist es wichtig, konsequente Maßnahmen zu ergreifen, die die Jugendlichen einbeziehen. Sollte das nicht geschehen, besteht die Gefahr, dass die Situation eine unangenehme Wendung nimmt und eskaliert. Angesichts der bereits angestauten Wut und der Frustration der Jugendlichen wird es zunehmend schwierig für Eltern, lokale Autoritäten und Gemeindevertreter*innen, sie zurückzuhalten. Schon jetzt ist der steigende „Hass gegen den Westen“ in den sozialen Netzwerken unverkennbar.

Es ist eine Stärke extremistischer Gruppen, sich politische Fehler zu Nutze zu machen und die Verzweiflung und Verletzlichkeit junger Menschen auszunutzen. Zusätzlich besteht das Risiko einer Zunahme der Rekrutierung von Jugendlichen für Schmugglernetze aller Art über die libysche Grenze sowie die die Gefahr eines Ausbruchs der Gewalt im Norden.

Die Debatte um und die Wahrnehmung der Migrationspolitik Europas führen dazu, das Gefühl der Ablehnung bei den Jugendlichen noch zu verstärken. Zudem wächst die Wut der Menschen gegenüber einigen europäischen Ländern, vor allem den ehemaligen Kolonialstaaten, die nach wie vor von den Rohstoffen der afrikanischen Länder profitieren. So entwickelt sich eine Tendenz hin zur Denkweise „sie gegen uns“. Einige Jugendliche sind der Meinung, dass bessere Bedingungen in Afrika teilweise dafür sorgen würden, dass die jungen Menschen zu Hause blieben. Solange dies nicht der Fall ist, riskierten sie erst recht ihr Leben auf der Suche nach einer besseren Zukunft.

Ein Jugendlicher vertraut uns folgendes an: „Das Bild, das die Medien und das Internet uns von Europa geben, lässt den Wunsch entstehen, dort zu sein. Auch wir benötigen solche Lebensbedingungen, wo Menschenrechte respektiert werden, wo es eine gesunde Demokratie gibt, wo Jugendliche respektiert werden und Zugang zu einem qualitativen Bildungssystem genießen. Sie wollen uns nicht, weil wir ungebildet sind. Als sie unsere Vorfahren noch benötigten, haben sie sie zwangsdeportiert und zu Sklaven gemacht. Heute

zählt die Technologie und sie drehen uns den Rücken zu“.

III. Schlussfolgerung, Empfehlungen der Jugendlichen und der Strukturen vor Ort

Den Befragten und Teilnehmenden an Workshops, Gesprächen und Diskussionsrunden ist grundsätzlich bewusst, dass die Einführung des Gesetzes und das Durchsetzen europäischer Interessen das Problem erst hervorgehoben hat. Jetzt geht es ihnen um eine Deeskalation der Situation, so dass sich ihr Blick auf die konkrete Lebenssituation in Agadez richtet. Sie kommen zu dem Schluss, dass die Situation in Agadez in der Art und Weise, wie bislang damit umgegangen wurde, ohne die Interessen der lokalen Beteiligten zu berücksichtigen, nicht gelöst werden kann. Vielmehr ergeben sich daraus neue Problemstellungen, deren Reichweite kaum abzuschätzen ist.

Die Aktivitäten zur Begleitung der Transitbewegungen der Migrant*innen in die Nachbarländer und nach Europa, die mit der libyschen Krise stark zugenommen haben, waren einträgliche Erwerbsalternativen für die Jugendlichen der Region. Ihre Erträge kamen maßgeblich der Bevölkerung zugute und die von den Behörden legalisierten Erwerbstätigkeiten im Bereich der Migration trugen in den vergangenen Jahren erheblich zur Sicherheit und Stabilität der Region bei.

Infolge der Anwendung des Gesetzes Nr. 2015-36 in Niger sind diese Geschäftsaktivitäten plötzlich zusammengebrochen und die Zahl der Migrant*innen, die aus Agadez weiterreisen können, ist stark zurückgegangen. Die Strategie der EU, Migrationspolitik zu externalisieren und Migration zu verhindern, hat maßgeblich auf die Formulierung und Umsetzung des Gesetzes Einfluss genommen. Die lokalen Behörden sprechen heute von einem 85%-gen Rückgang der Zahl der Migrant*innen. Diese Zahl macht deutlich, warum eine hohe Anzahl Jugendlicher der Arbeitslosigkeit ausgesetzt ist und bei diesen und anderen Bevölkerungsgruppen für Frust sorgt.

Fraglich ist, ob die Implementierung des Gesetzes Nr. 2015-36 die grenzüberschreitende Migration beenden konnte? Offenbar ist dies nicht der Fall. Alternativen haben sich herausgebildet, neue Praktiken im Migrationsgeschäft kommen zum Vorschein. Es ist nicht mehr die Mehrheit der jungen Leute, die in den Migrationssektor involviert ist, sondern einige wenige Personen, die wissen, dass es sich um eine jetzt illegale Aktivität handelt, die wissen, wie man Waffen beschafft und denen bewusst ist, dass sie ihr Leben riskieren. Ihre Einkünfte werden weder gemeldet noch versteuert.

Die durch verschiedene Träger aktuell angebotenen Erwerbsalternativen für ehemalige Dienstleister*innen im Migrationsgeschäft entsprechen bei weitem nicht den

¹⁷ Z. Bsp. Mercy Corps, 2017, Etude sur l'analyse des facteurs de vulnérabilité et la résilience des communautés face à l'extrémisme violent au Sahel.

Erwartungen und Bedürfnissen der Gemeindevertreter*innen, der verschiedenen Bevölkerungsgruppen und insbesondere der jungen Menschen. Für die Menschen vor Ort bleiben die Aktivitäten und Einflüsse verschiedener Akteure und Institutionen häufig unklar und sind grundsätzlich schwer zu differenzieren. Im Rahmen eines gleichberechtigten Ansatzes zwischen den europäischen Ländern und Niger als Transitstaat muss das Problem neu diskutiert werden. Dabei müssen alle individuellen und essentiellen Bedürfnisse der ehemaligen Dienstleister*innen offengelegt werden, damit inklusive und nachhaltige Lösungen erreicht werden, die die reale Lage berücksichtigen.

Nachdem in den vorherigen Kapiteln die Meinungen und Denkweisen der Bevölkerung vor Ort nachgezeichnet und in den Kontext eingebettet wurden, werden in der Folge die daraus resultierenden Empfehlungen und Lösungsansätze vorgestellt.

In Bezug auf die europäischen Partner:

- Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen und Berücksichtigung der spezifischen Bedürfnisse aller Bevölkerungsgruppen in Agadez.
- Überarbeitung der politischen Hilfsmaßnahmen in Bezug auf Erwerbsalternativen für die ehemaligen Dienstleister*innen. Diese Alternativen sollen motivierend und inkludierend sein, alle Beteiligten berücksichtigen, inklusive der Eigentümer*innen der Fahrzeuge und Unterkünfte, die eine wichtige Rolle in der Betreuung schwächerer Akteure spielen könnten. Dies geht nur, wenn sie in ihrem Tätigkeitswechsel die richtige Unterstützung erhalten.
- Überdenken der Migrationspolitik, um die Ausbreitung des Gefühls zu verhindern, dass die afrikanischen Migrant*innen abgelehnt werden und Europa seine Tore für die afrikanische Jugend schließt.
- Entwicklung von interkulturellen Austauschprogrammen, Ausbildungsmaßnahmen, sportlichen und kulturellen Aktivitäten für junge Afrikaner*innen und junge Europäer*innen, um das Thema der Migration nach Europa zu entmystifizieren.
- Durchführung von Diskussionsplattformen mit jungen Afrikaner*innen und jungen Europäer*innen mit Hilfe neuer Informations- und Kommunikationstechniken.

In Bezug auf den Staat Niger:

- Freilassung der ehemaligen Transporteure, die kurz nach Inkrafttreten des Gesetzes verhaftet wurden.
- Organisation von Sensibilisierungskampagnen über das Gesetz.
- Neueröffnung und Sicherung der Goldgruben.
- Gründung von kleinen und mittleren Unternehmen mit hohem Arbeitskräftebedarf.
- Wiedereingliederung der ehemaligen Transporteure durch Fortbildungs- und Berufsbildungsmaßnahmen.
- Aufbau einer formellen Institution zur Steuerung der ehemaligen Dienstleister*innen im Migrationsgeschäft oder Ergänzung der Missionen der Hohen Behörde für die Konsolidierung von Frieden (HACP)

durch diese neue Komponente, um diesem Aspekt die notwendige Bedeutung zu verleihen.

- Übertragung von Verantwortung und Unterstützung des Regionalrats von Agadez bei der Umsetzung seines eigenen Aktionsplans zur Umorientierung.
- Verstärkter Kampf gegen Korruption, damit die Entwicklungsfonds effizient umgesetzt werden und die lokale Bevölkerung insbesondere durch Bildung erreicht und eingebunden wird.
- Einbezug der Vertreter*innen der Zivilgesellschaft in alle relevanten Entscheidungsprozesse.

In Bezug auf die Gebietskörperschaften der Region Agadez:

- Entpolitisierung aller Aktionen, die sich auf den Umgang mit Migrationsfragen beziehen.
- Überarbeitung der Zusammensetzung der Abstimmungs- und Diskussionsgremien für Migration, um eine bessere Vertretung der Jugend- und Frauenorganisationen zu gewährleisten und diesen in den Entscheidungsgremien ausreichend Raum zu geben.
- Aktualisierung der Liste der ehemaligen Dienstleister*innen, damit jene berücksichtigt werden, die noch nicht eingetragen sind.
- Einführung eines transparenten Verfahrens für die Auswahl der Unterlagen von ehemaligen Dienstleister*innen mit angemessener Einbindung ihrer Vertreter*innen und der Vertreter*innen der Jugendorganisationen.

In Bezug auf die Organisationen der Zivilgesellschaft und die NRO im Bereich Entwicklung, die in Agadez tätig sind:

- Durchführung von Marktstudien über tragfähige Wirtschaftszweige und nachhaltige Beschäftigungsmöglichkeiten für die Jugendlichen in der Region.
- Aufbau von Gründerzentren für junge Unternehmer*innen.
- Innovation im Angebot an Wirtschafts- und Geschäftszweigen und Berücksichtigung von neuen, aktuellen Bedürfnissen (Ausbildung der Jugendlichen in Elektrotechnik für Reparaturen in den Bereichen Computer, Handy, KFZ, Zweirad und in der Baubranche, Montage von Solarpaneelen).
- Herstellung von Synergien zwischen den verschiedenen Aktivitäten, so dass diese sich gegenseitig ergänzen und zusammenwirken.
- Übertragung von Verantwortung und Einbindung von Jugend- und Frauenorganisationen in die Planung, die Umsetzung, das Monitoring und die Evaluation der Projekte und Programme.
- Dafür Sorge tragen, dass in allen Entscheidungsprozessen die Stimme der Zivilgesellschaft gehört, zu Rate gezogen und berücksichtigt wird.

In Bezug auf die Jugendorganisationen der Region Agadez:

- Synergieeffekte zwischen den Aktivitäten der verschiedenen Jugendorganisationen herstellen und zusammenwirken.

- Bestimmung einer untereinander abgestimmten Delegation von Jugendvertreter*innen, die an den diversen Abstimmungs- und Dialogforen teilnimmt und die Interessen der Jugendlichen vertritt.
- Einführung eines Entscheidungsfindungsmechanismus und Sicherstellung des Informationsflusses an die Basis.

Anhang 1: Methodik

Die Vorgehensweise der Erhebung basierte auf einem partizipativen Verfahren, in dem gemeinsam mit den Beteiligten eine Diagnose, Auswertung der aktuellen Situation sowie die gemeinsame Formulierung konkreter Maßnahmen erarbeitet wurde. Die Methodik gründete auf Ansätzen der Aktionsforschung unter starker Einbeziehung der lokalen Akteure. Diese waren aktive Teilnehmer*innen und Gestalter*innen der Untersuchung durch die Eröffnung eines inklusiven Dialogs, der die Dimensionen Gender und Vielfalt berücksichtigte. Der Schwerpunkt wurde auf die Einbeziehung der jungen Menschen gelegt, die im Mittelpunkt des Prozesses standen. Dies ermöglichte, für sie Räume zu schaffen, in denen sie ihre Meinung, ihre Bedürfnisse und ihre Perspektiven in ihren lokalen Sprachen frei äußern konnten. Die Erhebung hat bewusst versucht, den Gemütszustand der jungen Menschen zu erfragen und ihre Meinungen kennen zu lernen. Deswegen wurde beispielsweise die Rolle anderer afrikanischer Staaten, die sicherlich einen Teil der Verantwortung tragen, nicht untersucht. Der methodische Ansatz gestaltete sich in folgenden Schritten: Literaturrecherche und Auswertung, Analyse der internationalen, regionalen, nationalen und lokalen Migrationspolitik in Bezug auf Niger/ Agadez, Datenerhebung und -verarbeitung und Verfassen der Ergebnisse. Das Zielgebiet der Erhebung war die Region Agadez in Niger, insbesondere die Gemeinden Agadez (als Regionalhauptstadt und Haupttransitort), Arlit (als Ausgangspunkt für die Überquerung der algerischen Grenze) und Dirkou (für den Zugang nach Libyen). Die Erhebung hat zwischen dem 15. und 31. Juli 2018 stattgefunden.

Anhang 2: Zusammenfassung der Ziele der Befragung

Das Gesamtziel ist es, die konkreten Auswirkungen der externalisierten Migrationspolitik der EU auf das tägliche Leben und auf die Lebensbedingungen jungen Menschen in der Region Agadez aus ihrer Sicht zu identifizieren und zu analysieren.

Insbesondere zielte die Erhebung darauf ab:

- die konkreten Auswirkungen der externalisierten Migrationspolitik der EU auf die lokale Mobilität, auf das tägliche Leben der lokalen Gemeinschaften, insbesondere junger Menschen, in der Region zu identifizieren.
- die Ansichten, Erwartungen, Perspektiven und Wünsche der Jugend im aktuellen Kontext zusammenzutragen.

- die Meinungen der Akteure angesichts der aktuellen Lösungen zusammenzutragen, damit Empfehlungen für eine bessere Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse formuliert werden können.

Anhang 3: Liste der Gesetze und Abkommen über Migration

- Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948
- Afrikanische Charta der Menschenrechte und der Rechte der Völker von 1981
- Überarbeitetes Abkommen der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) vom 24. Juli 1993
- Verfassung der VII. Republik Niger, 25. November 2011
- Protokoll über die Freizügigkeit von Personen, das Aufenthalts- und das Niederlassungsrecht A/P1/5/79 (ECOWAS), das 1980 in Kraft getreten ist
- Dekret Nr. 87-076/PCMS/MI/MAE/C vom 18. Juni 1987, das die Aufenthaltsbedingungen von Ausländern in Niger regelt
- Verordnung Nr. 81-40 vom 29. Oktober 1981, die die Einreise- und Aufenthaltsbedingungen von Ausländern in Niger regelt
- Dekret Nr. 81-191 vom 29. Oktober 1981, das die Einreise- und Aufenthaltsbedingungen von Ausländern in Niger regelt
- Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität und dazugehörige Protokolle, 2000
- Vertrag der Westafrikanischen Wirtschafts- und Währungsunion (ECOWAS), geändert in 2003
- Verordnung Nr. 2010-86 vom 16. Dezember 2010 über die Bekämpfung des Menschenhandels
- Gesetz Nr. 2015-36 vom 26. Mai 2015 über den illegalen Transport von Migranten

Anhang 4: Liste der Strukturen/ Personen, die offiziell an den Workshops und Befragungen teilgenommen haben

1. Regionalrat von Agadez
2. Sultanat Agadez
3. Gouverneur Agadez
4. Gewählte Vertreter*innen und Bürger*innen der Städte Agadez, Arlit und Dirkou
5. Hohe Behörde für die Konsolidierung von Frieden
6. Regionales Abstimmungs- und Diskussionsgremium für Migration/ Kommunale Abstimmungs- und Diskussionsgremien für Migration (Agadez, Arlit und Dirkou)
7. Regionaldirektion des Agadez-Plans
8. Regionaler Jugendrat von Agadez
9. Kommunalrat von Agadez
10. Abstimmungs- und Diskussionsforum für die Jugendverbände
11. Verband der ehemaligen Transporteure von Agadez, Arlit und Dirkou
12. Verband der jungen Arbeitslosen
13. Die jungen Pfadfinder von Agadez
14. Die Jugendvertreter*innen von Agadez, Arlit und Dirkou
15. Die Organisationen der Zivilgesellschaft in Agadez, Arlit und Dirkou
16. Die Frauenorganisationen in Agadez, Arlit und Dirkou
17. IOM
18. HCR
19. Die GIZ und ihre Projekte in Agadez
20. CISP
21. Technischer Berater des UNDP zur Unterstützung des Regionalrats
22. Technischer Berater der EU zur Unterstützung der Hohen Behörde für die Konsolidierung von Frieden (HACP)
23. Radio Air Infos
24. ADDH
25. Alliance Française von Agadez
26. Ehemalige Vermittlungsagenturen
27. NRO KARKARA
28. NRO TEMET
29. NRO TIDEN
30. Autohof von Agadez

Anhang 5: Bibliographie der konsultierten Dokumente und Quellen

- Cabinet du Premier Ministre, Stratégie de développement et de sécurité dans les zones sahélo- Bilan de l'application de la loi 2015-036 du 26 mai 2015
- Commune Urbaine d'Agadez, 2017, Rapport de la table ronde sur la migration
- Commune de Dirkou, 2018, Rapport du forum « Bâtir une économie locale au KAWAR sans migration irrégulière »
- Conseil Régional d'Agadez, 2016, Plan de reconversion des acteurs de l'économie migratoire
- Conseil Régional d'Agadez, Plan de Développement Régional 2016-2020
- Conseil Régional d'Agadez, 2018, Bilan de la Loi 2015-36
- Coordination de Lutte contre la Traite des Personnes, 2014, Plan d'Actions National de Lutte contre la Traite des Personnes
- Gouvernorat de la région d'Agadez, 2017, Rapport des travaux de la réunion d'installation de la première session ordinaire de la commission consultative régionale de l'administration territoriale (COCORAT)
- HACP, 2017, Diagnostic rapide sur la situation actuelle du trafic des migrants et son évolution dans la région d'Agadez
- INS, 2013a, Enquête nationale sur la migration au Niger (ENAMI) 2011. Analyse des résultats, Niamey, Niger
- INS, 2013b. Note de Présentation des résultats préliminaires du quatrième (4^{ième}) recensement général de la population et de l'habitat (RGP/H) 2012, Niamey, Niger
- LOI N° 2015-36 du 26 mai 2015 relative au trafic illicite de migrants ; abrufbar unter https://www.unodc.org/res/cld/document/ner/2015/loi_relative_au_trafic_illicite_de_migrants_html/Loi_N2015-36_relative_au_trafic_illicite_de_migrants.pdf
- Mercy Corps et JIMED, 2017, Diagnostic du cadre juridique et politique de protection des droits des migrants au Niger
- Mercy Corps, 2017, Etude sur l'analyse des facteurs de vulnérabilité et la résilience des communautés face à l'extrémisme violent au Sahel

- Ministère de la Justice, Enquête sur les comportements, attitudes et pratiques des populations en matière de traite des personnes au Niger, 2016, Rapport d'analyse, novembre
- Ministère de la Justice, Commission Nationale sahariennes du Niger, Nouvelles imprimerie du Niger, octobre 2011
- Ministère de l'Intérieur, de la Sécurité, de la Décentralisation des Affaires religieuses et coutumières, 2017, Bilan de l'application de la loi N°2015-36
- Ministère de l'Intérieur, de la Sécurité Publique, de la Décentralisation et des Affaires Coutumières et Religieuses, Plan stratégique pour l'amélioration du système d'enregistrement des faits d'état civil et d'établissement des statistiques vitales du Niger (version provisoire), juillet 2016
- Ministère de l'Intérieur, de la Sécurité Publique, de la Décentralisation et des Affaires Coutumières et Religieuses, décembre 2014, Programme d'appui à la gestion de la migration (PAGEM)
- Ministère du Plan, de l'Aménagement du Territoire et du Développement Communautaire, septembre 2013, Guide National d'élaboration du Plan de développement Régional (PDR)
- Niger Horizons (bureau d'études), 2014, Etude en vue de l'élaboration d'une politique nationale de migration
- OIM, 2009, Migration au Niger : Profil national 2009. Préparé pour l'OIM par Issaka Maga Hamidou, consultant national Document également disponible sur l'internet : <http://www.iom.int>
- ONG JMED, 2016, Recueil des textes sur les droits des migrants
- ONG JMED, 2015, dépliant sur les droits des migrants
- ONG JMED, 2014, Rapport d'enquête sur la migration des femmes et des enfants à Kantché
- Recensement Général de la population et de l'habitat (RGPH) du Niger, 2015
- République du Niger, 2017, Loi N°2015-36 du 15 mai 2017
- République du Niger, 2016, Stratégie nationale de lutte contre la migration irrégulière

